



Wirtschaftspolitik

Aiwanger: "Kurzarbeiterzahlen machen ein rasches Hochfahren der Wirtschaft notwendig"

11. Mai 2020

MÜNCHEN In Bayern sind nach den aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit fast 1,8 Millionen Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen. Rund 120.000 Betriebe haben seit Beginn der Coronakrise Kurzarbeit angezeigt. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger kommentiert: „Die aktuellen Zahlen zur Kurzarbeit zeigen, wie dringend es ist, die Wirtschaft unter Beachtung der Hygienemassnahmen wieder hochzufahren. Wir müssen allen Branchen eine Zukunftsperspektive geben. Dafür braucht es kreative Konzepte und passgenaue Unterstützung.“

Ralf Holtzwardt, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit erklärt: „Im März und April sind rund 120.000 Anzeigen von Arbeitgebern zu Kurzarbeit eingegangen. Die Anzeigen erfolgen aus nahezu allen Wirtschaftszweigen. Hauptsächlich sind die Gastronomie, die Zeitarbeit, das Gesundheitswesen und die Metall- und Elektroindustrie betroffen. Auch die Zahl der bei uns eingehenden Anträge wächst derzeit an. Uns ist bewusst, wie dringend die Unternehmen das Geld benötigen und haben deshalb die Personalkapazitäten in diesem Bereich deutlich erhöht. Dadurch benötigen wir derzeit erfreulicherweise nur wenige Tage für die Bearbeitung.“

Minister Aiwanger zeigt sich besorgt über die Zahlen der Leitbranche: „Allein in Bayern sind in der Automobilindustrie 350.000 Beschäftigte in Kurzarbeit. 94 Prozent der Betriebe sind bundesweit betroffen. Es braucht technologieoffene Kaufanreize, um diese Leitindustrie aus dem Konjunkturtal zu ziehen. Dabei muss es schnell gehen. Gedankenspiele, wonach die Krise als Anlass für einen Radikalumbau unserer Industrie dienen könnte, sind verantwortungslos.“

Bayerns Wirtschaftsminister Aiwanger betont, gerade auch Branchen wie beispielsweise dem Messewesen, der Reisebranche, Kneipen, Bars, Schaustellern und Marktkaufleuten müsse eine Perspektive gegeben werden. Die Staatsregierung

ist hierzu in Abstimmung mit dem Bund, um möglichst gemeinsame Lösungen zu erarbeiten.

Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 119/20